



Erklärung der Bürgermeister im Rahmen der Konferenz „From the sea to the city“ 25./26. Juni 2021

Endgültige Fassung April 2021

Als europäische Städte und Gemeinden, die fest an die Verteidigung der Menschenrechte glauben, bieten wir Geflüchteten und Migranten seit Jahrzehnten eine neue Heimat. Wir bekennen uns bedingungslos zu den humanitären Werten, den universellen Menschenrechten und dem Recht auf Asyl, auch in schwierigen Zeiten. Heute erleben wir in unseren Städten und Regionen eine Welle der Solidarität mit Geflüchteten und mit den Schutzsuchenden in den Lagern an Europas Grenzen. Und dennoch: Die Situation an den europäischen Außengrenzen bleibt unerträglich.

Vor diesem Hintergrund verfolgen wir die Pläne der EU-Kommission und der EU-Staaten für einen neuen "Migrationspakt" mit großer Sorge. Eine Gesetzgebung, die in erster Linie auf Abschreckung setzt, ist nicht vereinbar mit den humanitären Werten Europas und stellt Menschen auf der Flucht unter Generalverdacht. Die vorgeschlagenen Maßnahmen werden ein „weiteres Moria“ nicht verhindern. Im Gegenteil, sie würden den Hotspot-Ansatz auf den griechischen Inseln, in Lampedusa oder in Pozzallo verschärfen: Menschen auf der Flucht hätten es schwerer, die EU zu erreichen, und Schutzsuchenden würde der Zugang zum Asylsystem zunehmend verwehrt. Die Mittelmeerroute bliebe die gefährlichste Fluchtroute der Welt. Und diejenigen, die es doch nach Europa schaffen, werden mit Schnellverfahren in geschlossenen Lagern an den Außengrenzen statt einer solidarischen Umsiedlung und Unterbringung in lokalen Gemeinden konfrontiert. Das ist nicht das Europa, das wir uns für die Zukunft vorstellen.

In den letzten Jahren haben sich hunderte von Kommunen in ganz Europa bereit erklärt, Geflüchtete aufzunehmen. Angesichts der anhaltenden humanitären Katastrophe in den EU-Grenzregionen können wir nicht länger tatenlos zusehen. Obwohl der größte Teil der europäischen Bevölkerung in Städten und Gemeinden lebt, wird unsere Stimme in den europäischen Verhandlungen nicht gehört. Wir als Städte haben genug Platz für alle Schutzsuchenden, aber wir haben keinen Sitz am Verhandlungstisch.

Was wir bieten, ist die Erfahrung, das Engagement, die Kompetenz in Fragen der Inklusion und Partizipation und die gesetzliche Verpflichtung, die grundlegenden Menschenrechte zu schützen. Deshalb muss die Stimme der solidarischen Städte gehört werden. Wir bekräftigen hiermit unser Angebot der Hilfe.

Wir sind bereit, Geflüchtete aufzunehmen und ihnen Unterkunft, Schutz und Sicherheit zu bieten, um ihre Rechte und ihre Würde zu wahren.

Das zukünftige Migrationssystem der EU darf nicht länger auf Externalisierung und Repression setzen. Vielmehr muss es neue Wege für die Städte in Europa eröffnen, um ohne weitere Verzögerung mehr Geflüchteten eine Heimat zu bieten.

Wir fordern daher von den europäischen Institutionen und den europäischen nationalen Regierungen:

1. Ein Recht auf Asyl und keine Lager an den Außengrenzen

Jede Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems muss sicherstellen, dass das individuelle Recht auf Asyl gewahrt wird und Schutzsuchende ungehinderten Zugang zum europäischen Rechtssystem haben.

Auch in Zukunft müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um Lager wie Moria oder Lipa zu verhindern. Dazu müssen diejenigen, die an den europäischen Küsten ankommen, so schnell wie möglich direkt in die Städte, Regionen und Länder, die bereit sind, sie aufzunehmen.

2. Direkte kommunale Aufnahme ermöglichen

Die Bereitschaft der Zivilgesellschaft und unserer Kommunen, Geflüchtete aufzunehmen, ist enorm. Wir sind überzeugt, dass eine freiwillige Aufnahme von Geflüchteten in unseren Kommunen die Krise an den Grenzen Europas lindern würde. Kommunen sollten die Möglichkeit haben, Aufnahmekontingente anzubieten, um die Migrationspolitik mit zu gestalten. Dies würde es willigen Kommunen ermöglichen, zusätzliche Aufnahmekapazitäten direkt den in den Grenzlagern gestrandeten Flüchtlingen anzubieten.

3. Direkte EU-Finanzierung für Aufnahmekommunen

Die europäischen Institutionen sollten den hilfsbereiten Kommunen Zugang zu direkter finanzieller Unterstützung bieten, damit sie ihren humanitären Verpflichtungen nachkommen können. Zu diesem Zweck brauchen Europas Städte einen verlässlichen und umfassenden Finanzrahmen, der über die reinen Unterbringungs- und Lebensunterhaltskosten hinausgeht und als Querschnittsaufgabe verstanden wird, die viele Bereiche wie Bildung, Beschäftigung, Wohnen und Gesundheit umfasst.

4. Die Kriminalisierung von Solidarität beenden

Wir beobachten einen Trend zur Stigmatisierung und Kriminalisierung, nicht nur von Migranten und Geflüchteten, sondern auch humanitärer Hilfe, die von Organisationen und Freiwilligen für Migranten in Not geleistet wird. Die Kriminalisierung von Solidarität lenkt die Öffentlichkeit von den wahren Problemen der EU-Migrations- und Asylpolitik ab.

Als europäische Städte schlagen wir Empfehlungen vor, um zu gewährleisten, dass Solidarität unterstützt wird anstatt sie zu kriminalisieren. Wir fordern daher die Europäische Union auf, eine Organisation zu gründen, z.B. einen Europäischen Zivilen Rettungsdienst (European Civil Rescue Service), der Freiwillige aus Zivilgesellschaft, NGOs und Kommunen in eine gemeinsame Aktion zur Rettung von Migranten einbindet, um das durch kriminelle Verzögerungen und Gleichgültigkeit verursachte Massaker auf den Flüchtlings- und Migrantenrouten zu stoppen.

Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir als Städte und Gemeinden auf europäischer und nationaler Ebene künftig Hand in Hand arbeiten.

Jülich, 22. Juni 2021



Bürgermeister Axel Fuchs